

Bankrott der Demokratie

Gipfelvorbereitungen in Hamburg: Allgemeinverfügung gegen Demonstrationen in der »blauen Zone« und Campverbote

Von Kristian Stemmler

»Hamburg zeigt Haltung«, so heißt ein Bündnis, zu dem sich prominente Hamburger aus Politik, Kultur, Kirche und anderen gesellschaftlichen Bereichen Anfang Mai zusammenfanden. Man wolle den zum G-20-Gipfel am 7. und 8. Juli anreisenden Staatschefs zeigen, dass die Stadt für »westliche Werte« steht, für eine »offene Gesellschaft«. Je näher der Gipfel rückt, desto grotesker wirkt das vom Bündnis gewählte Motto. Zumindest die Führung der Hansestadt lässt gerade jede Haltung vermissen – »Hamburg verliert die Fassung« würde es besser treffen.

Vor allem das Agieren der Polizei und des von der Dimension des Ereignisses offenbar überforderten Innensenators Andy Grote (SPD) wirkt hilflos. Grote behauptete allen Ernstes, das Gipfeltreffen werde ein »Festival der Demokratie«. Das sagte derselbe Senator, der mit allen Mitteln versucht, jeden Protest zu unterbinden, der über bunte Banner hinausgeht. Grote will die Camps der Gipfelgegner im Stadtpark und im Altonaer Volkspark verhindern, hat eine Allgemeinverfügung präsentiert, die in einem Gebiet von 38 Quadratkilometern, der ominösen »blauen Zone«, während der Gipfeltage Demonstrationen untersagt.

Der G-20-Gipfel wird eher als eine Bankrotterklärung der Demokratie in die Geschichte eingehen. Der von den Gipfelgegnern »Verbote-Grote« getaufte Innensenator und die Polizei weichen keinen Millimeter von ihrem Kurs knallharter Repression ab. Das bewies auch der Auftritt von Gesamteinsatzleiter Hartmut Dudde auf einer Pressekonferenz am Donnerstag. Dudde protzte mit dem Polizeiaufgebot zum Gipfel, erklärte, die Präsenz werde bereits am Mittwoch deutlich erhöht.

Am 6., 7. und 8. Juli wird der Weltöffentlichkeit wohl vor allem eines demonstriert werden: Wie weit sich die Herrschenden von der Bevölkerung entfernt haben. Es ist entlarvend, welche Maschinerie zum Schutz der Staats- und Regierungschefs der 19 »wichtigsten Industrie- und Schwellenländer« plus EU-Vertreter angeworfen wird. Um das Volk von ihnen fernzuhalten, marschiert ein Heer von Polizisten, Soldaten und Geheimdienstlern auf. Fachleute gehen eher von 20.000 bis 25.000 Sicherheitskräften aus als von den bisher genannten 17.000.

In der blauen Zone, von der Polizei als »Transferkorridor« verharmlost, wird das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit kassiert – nur damit die Konvois der Staatschefs ungestört zwischen Flughafen, Hotels und Tagungsorten hin- und

herrasen können. Donald Trump, der Präsident der USA, wird zur Beförderung in einen gepanzerten Cadillac gesteckt, »The Beast« genannt. Das zum Thema Bürgernähe im 21. Jahrhundert.

Vom Gipfel in Hamburg werden verstörende Fernsehbilder um die Welt gehen: Bewaffnete Polizisten auf den Straßen, Hubschrauber kreisen über der Stadt, Protestler werden in Containerknäste verschleppt. Ob die Winkefotos von Merkel, Trump und Co. vor der Kulisse der Elbphilharmonie das aufwiegen, darf bezweifelt werden.

Protest gegen den harten Kurs des Senats kommt fast nur von links. Die mitregierenden Grünen erweisen sich als Totalausfall ebenso wie die anderen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien. Der Antrag der Linksfraktion, Gipfelgegnern Flächen zum Campieren bereitzustellen, wurde am Mittwoch abgeschmettert. In der Lokalpresse gab es immerhin scharfe Kritik von *Morgenpost* und *taz* an der Allgemeinverfügung und von der *Zeit* am Verbot der Zeltlager.

Arroganz der Macht und Rechthaberei konnte man Hamburgs SPD schon oft attestieren, obwohl Grote als auch sein Chef, der Erste Bürgermeister Olaf Scholz, Juristen sind. In Hamburg und im Rest der Republik kommen sie mit ihrer Strategie aber nicht gut an, wie eine Umfrage zeigt, über die das Magazin *Stern* am Mittwoch berichtete. Danach befürworteten 44 Prozent der Befragten die Demos zum Gipfel. Mehr als die Hälfte erwarten von der Polizei ein zurückhaltendes Eingreifen, auch bei Ausschreitungen.

Selbst bei der Polizei scheint der Unmut zu wachsen. So berichteten Medien über den anonymen Brief eines Polizisten, der im Internet veröffentlicht wurde. In dem an die Staatschefs gerichteten Brief kritisiert der Beamte, Millionen würden für ein »belangloses Stelldichein« verschwendet. Das Geld sei bei »Familien am Rande« besser aufgehoben, bei »Menschen, die ohne Obdach auf der Straße erfrieren«.

<https://www.jungewelt.de/blogs/g20hh/312785>